Handbuch Politik USA
DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Soziale Bewegungen in den USA: Zwischen kommunitärer Solidarität und Gleichheitsversprechen des Amerikanischen Traums

Margit Mayer*
JFK, FU Berlin, Berlin, Deutschland

Zusammenfassung

Das Kapitel präsentiert die Eigenheiten US-amerikanischer Konfliktraditionen und sozialer Bewegungen im Kontext der spezifischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsbedingungen der USA. Es fokussiert auf drei Bewegungszyklen der jüngeren Geschichte, um an Hand einzelner innerhalb dieser Zyklen beispielhafter Mobilisierungen die typischen Merkmale US-amerikanischer Protestbewegungen – ihre Akzeptanz als selbstverständlicher Teil der politischen Kultur, ihre Prägung durch das liberale Gleichheitsversprechen, aber auch ihre Verankerung in Traditionen kommunitärer Solidarität – zu verdeutlichen.

Schlüsselwörter

Soziale Bewegungen; Arbeiterbewegung; Frauen- und Bürgerrechtsbewegung; Neoliberalisierung; Tea Party; Occupy

1 Einleitung

Während in Europa mit dem Begriff *soziale Bewegungen* über Jahrhunderte hinweg primär die Arbeiterbewegung oder andere auf fundamentale gesellschaftliche Umwälzung gerichtete Mobilisierungen gemeint waren, steht der Begriff in den USA nicht erst seit den sogenannten *neuen sozialen Bewegungen* der 1960er und 70er Jahre für eine enorme Vielfalt von Protest- und Reformbewegungen. Er umfasst religiöse Sekten, nationalistische Bewegungen, ethnische Minderheitsbewegungen, und organisierte Bürger(rechts)- und Klassenbewegungen genauso wie Aufstände, populistische Bewegungen sowie militante, politische Gewalt einsetzende – rechte wie linke - Bewegungen. Diese aus europäischer Sicht diffus erscheinende Definition reflektiert bestimmte Eigenheiten der US-amerikanischen Geschichte, in der Klassenbeziehungen für gesellschaftliche Konflikte zwar nicht unbedeutend waren, aber stets von demographischen, ethnischen, politischen, und soziokulturellen Variablen überlagert wurden (vgl. Kitschelt 1985). Diese enorme Vielfalt von unterschiedlichsten Bewegungen wurde durch spezifische Merkmale, wie bspw. die Durchlässigkeit und Offenheit der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der USA, noch befördert, die mit dazu beitrugen, dass kaum je eine antagonistische Polarisierung zwischen sozialen Bewegungen einerseits und politischem Establishment andererseits, vergleichbar der zwischen europäischer Arbeiterbewegung und jeweiligem Staat, entstanden ist. Soziale Bewegungen, selbst rebellische, galten also keineswegs, wie bspw. sozialistische oder kommunistische (Arbeiter)Bewegungen in europäischen Ländern, als systemische

*Email: mayer@zedat.fu-berlin.de

Handbuch Politik USA
DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Herausforderung. Ganz im Gegenteil: die Meinung Thomas Jeffersons, dass „eine kleine Rebellion ab und an eine gute Sache (ist), und in der politischen Welt genauso notwendig wie Stürme in der physischen Welt“ (Jefferson 1787, Übersetzung MM), prägte lange Zeit die politische Kultur des Landes, wo Protestbewegungen und Aufstände als selbstverständliche und weit verbreitete Bestandteile des politischen Lebens wahrgenommen werden.

Die Spezifik der Konfliktttradition lässt sich an drei zentralen Charakteristika festmachen, welche die Entstehung sowie den Verlauf von US-amerikanischen Bewegungen kennzeichnen:

- Erstens, die enorme *Heterogenität* der sozio-ökonomischen Bedingungen einer Gesellschaft, in der *liberale* demokratische Wertvorstellungen gleichzeitig mit *ausgrenzenden* Ideologien koexistierten, ließ dezentrale, sog. *single issue*-Bewegungen florieren, die weder von Klasseninteressen noch anderen umfassenden Ideologien geprägt waren. Während solche Ein-Punkt-Bewegungen in Europa erst nach den Aufbrüchen der 1960er Jahre als signifikante gesellschaftliche und politische Akteure auftauchten, spielten sie in den USA bereits im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder eine wichtige Rolle. Unter anderem deshalb entwickelten sich die sog. neuen sozialen Bewegungen – also Umwelt-, Frauen-, Alternativ-, Friedens-, Schwulen- und andere sog. „neue“, vorgeblich post-materialistische oder identitäre Bewegungen – in den USA früher als in Europa, konnten sie doch an Traditionen vorgängiger, ähnlicher Bewegungen anknüpfen.
- Zweitens fördert auch die dezentrale, zerklüftete *politische Struktur* der USA eher solch themenbezogene, fragmentierte Mobilisierungen. Die durchlässigen und offenen Strukturen des politischen Institutionengefüges haben dazu beigetragen, dass sich soziale Bewegungen in den USA häufig unkompliziert bilden und schnell erstarken konnten. Gleichzeitig bewirken dieselben Faktoren und Strukturen, dass soziale Bewegungen in ihrer Wirkmächtigkeit eher gebremst werden, denn ihre Fragmentierung führt zu disparaten Entwicklungen und das politische System absorbiert, kooptiert, und torpediert Forderungen und Akteure von Bewegungen auf vielfältige Weisen, so dass nicht nur die Aufwärtszyklen von Bewegungen schnell und unkompliziert verlaufen, sondern meist auch ein schnelles Abebben typisch ist.
- Schließlich wirkt sich drittens die *libertär-individualistische politische Kultur* positiv auf die Entstehung solcherart disparater Bewegungen aus – während sie umgekehrt eher hinderlich ist für die Ausbildung einer florierenden Arbeiterbewegung oder anderer, an gesellschaftlichen Strukturkonflikten ansetzenden transformativen Bewegungen. Sie bietet unterschiedlichsten benachteiligten Gruppen Anknüpfungspunkte, ihre Forderungen nach Gleichberechtigung *innerhalb* des vorherrschenden liberalen Paradigmas zu begründen. So entwickelten die Feministinnen des 19. Jahrhunderts ihre Argumente, weshalb den Frauen Zugang zu Ausbildung, Menschen- und Bürgerrechten, sowie die Verfügung über eigenen Besitz und Verdienst zustehen sollten, genau so aus den liberalen Annahmen der Unabhängigkeitserklärung wie die Bürgerrechtsbewegung oder die *Students for a Democratic Society* (SDS) der 1960er Jahre.

Obwohl die USA bis zur Verabschiedung der Bürgerrechtsgesetzgebung 1964/1965 – also über mehr als zwei Jahrhunderte – eine höchst beschränkte und ungleichzeitige Demokratie blieben, weil vor allem AfroamerikanerInnen von politischen und den meisten Bürgerrechten ausgeschlossen waren, wurden im Lauf dieser Zeit doch vielfältige Reformbewegungen immer wieder in die dominante Amerikanische Ideologie integriert: Welle um Welle von neuen Einwanderern, ethnischen Gruppen, Frauen, und andere diskriminierte Gruppen wurden – vermittelt über soziale Kämpfe und *pressure group politics* – in das vergleichsweise offene, aber auch fragmentierte politische System der USA integriert. Sowohl die Flexibilität des Parteiensystems (vgl. Bohne

Handbuch Politik USA
DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

und Lütjen in diesem Band) als auch die Heterogenität der Lebensbedingungen beförderten die Entstehung einer Vielzahl spezifischer Bewegungen, von außerstaatlichen Selbsthilfe-Bewegungen (die wir heute als NGOs bezeichnen würden), *voluntary associations* und unterschiedlichen Formen des bereits von de Tocqueville beschriebenen *civic engagement*, aber auch kulturell-orientierter Bewegungen sowie in jeder historischen Periode auch starke moralisierende Protestbewegungen. Aus Sicht der komparativen sozialen Bewegungsforschung erscheinen all diese vielfältigen amerikanischen Bewegungen, genauso wie die Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 60er Jahre, durch eine Beschränkung auf spezifische, einzelne Forderungen sowie durch ‚unkonventionelle' Aktionsformen charakterisiert, und eher komplementär als antagonistisch zum existierenden politischen (Parteien-)System.

Die Spezifika der US-amerikanischen sozialen Bewegungslandschaft – die Leichtigkeit der Entstehung, die Heterogenität und starke Verbreitung, sowie die pragmatische beziehungsweise unideologische Ausrichtung der meisten Bewegungen, die Schwäche der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger Vielfalt anderer, pragmatischer oder moralisierender Einpunkt-Bewegungen, aber auch die Bedeutung von auf Inklusion gerichteten Gleichberechtigungsforderungen – können mit in der Geschichte der USA zu verortenden Variablen erklärt werden (vgl. Mayer 1991, 1995; Frey et al. 1992).

Das politische System selbst reagierte zumeist keineswegs abweisend oder ausschließend, sondern, aufgrund seiner offenen, föderalen, und fragmentierten Struktur (v. a. auf öffentlichkeitswirksam vorgetragene Beschwerden) häufig mit Konzessionen und Inkorporierungsangeboten (wenn auch selektiv). Dies Muster trug dazu bei, dass viele der US-amerikanischen Bewegungen bis heute eher unternehmerisch und kompetitiv sowie unideologisch ausgerichtet sind. Das Kapitel kann dies Muster nur exemplarisch an wenigen Fällen illustrieren: der Fokus liegt auf den Bewegungszyklen der fordistischen Ära, gefolgt von der Entwicklung der Bewegungen der 1980er Jahre zum globalisierungskritischen *Social Justice Movement,* und schliesslich auf den durch die Finanzkrise von 2008 angestossenen jüngsten Bewegungen auf progressiver wie konservativer Seite, Occupy und Tea Party.

2 Soziale Bewegungen der Fordistischen Ära

Mit dem New Deal der 1930er Jahre wurden die Grundlagen für die fordistische Phase des amerikanischen Kapitalismus gelegt, das ‚Goldene Zeitalter' des Fordismus setzte jedoch erst nach dem 2. Weltkrieg auf der Basis neuer Produktionstechnologien und im Kontext neuer internationaler Arrangements (Bretton Woods, Vorherrschaft des Dollar) ein. Dies Keynesianisch-fordistische, von einem intensiven Akkumulationsmodus gekennzeichnete System generierte, abgefedert durch sozialstaatliche Politik, dank Fließband-gestützter Massenproduktion, Produktivitätswachstum und Lohnzuwächsen eine Wachstumsphase einmaliger und relativ breitgestreuter Prosperität (Glyn et al. 1990). Allerdings waren die sozial- und wohnungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung so gestaltet, dass AfroamerikanerInnen jeweils benachteiligt waren: weder konnten Schwarze in gleichem Maß von den Förderprogrammen für Eigenheimbesitz profitieren wie Weiße, noch waren sie frei in der Wahl ihrer Wohngegend (vgl. z. B. Freund 2007). Auch hatten die im Kongress erzielten Kompromisse zwischen *Jim Crow*-Südstaaten und ‚freien' Nordstaaten Zugeständnisse an den Süden fixiert, die bspw. in der Sozialversicherungsgesetzgebung oder auch beim *National Labor Relations Act* von 1935 dafür sorgten, dass Schwarze von den neuen sozialen Rechten ausgeschlossen blieben. Damit blieben Disparitäten bei Einkommen genauso wie

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Ausbildung selbst in der goldenen Ära des Fordismus festgeschrieben: der fordistische Fahrstuhleffekt galt nicht für Afroamerikaner. Erst der breiten Mobilisierung der Bürgerrechtsbewegung mit dem Ziel, auch dieser Gruppe die Teilhabe am amerikanischen Traum zu erlauben, gelang es, nach 1965 Verbesserungen in der Situation der Schwarzen herbei zu führen. Die Segregation nach ‚Rasse' war vom Obersten Gerichtshof 1954 (Brown vs. Board of Education) aufgehoben worden – und doch beeinflusst die jahrhundertelange Unterdrückung und Entrechtung der AfroamerikanerInnen sowie auch die Ausgrenzung bestimmter migrantischer bzw. ethnischer Gruppen die Dynamik sozialer Bewegungen in den USA bis heute.

Zunächst setzte die Bürgerrechtsbewegung selbst Maßstäbe, auf die sich folgende Bewegungen immer wieder bezogen. Die Aufhebung der Segregation war durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Süden noch lange keine Realität. Mit Hilfe von Ressourcen und Infrastrukturen der schwarzen Kirchen und ihrer charismatischen Führer begannen afroamerikanische Communities zunächst, sich gegen den weißen Terror zu organisieren. So schufen sie die notwendige Massenbasis für die Busboykotts (Baton Rouge 1953, Montgomery 1955/56), zahllose Aktionen des zivilen Ungehorsams, und die studentischen *Sit-ins* (1960), die dank der *Freedom Rides* (1961) und dem Marsch auf Washington (1963) zu einer breiten nationalen Bewegung wurden. Involviert war dabei eine Bandbreite verschiedener Akteursgruppen mit unterschiedlichen Handlungsrepertoires, die parallel auf juristischem Weg (Interessengruppen und Advocacy-Organisationen wie die *National Association for the Advancement of Colored People*, NAACP), mit Kampagnen der direkten Aktion (Lunch Counter Sit-ins, Freedom Rides), mittels Wählerregistrierung sowie Massenmobilisierung, sowohl einzeln als auch in Koalitionen, hinreichend öffentlichen Druck erzeugen konnten, um schließlich die politische Gleichheit durchzusetzen (Verabschiedung 1964 des Bürgerrechts- und 1965 des Wahlrechtsgesetzes).

Angesichts dennoch anhaltender Gewalt gegen Bürgerrechtler wuchs unter der jüngeren Generation die Sympathie für Black Power und Malcolm X's Black-Muslim-Bewegung. Nachdem Malcolm X 1965 ermordet wurde, schwor das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) 1966 dem gewaltlosen Widerstand Martin Luther Kings ab, wohingegen die NAACP sich von beiden Strömungen distanzierte. Ebenfalls 1966 gründete sich die Black Panther Partei, um – auf das konstitutionell garantierte Recht auf Selbstverteidigung pochend–bewaffneten Widerstand gegen die fortdauernde Unterdrückung der Schwarzen zu leisten. Während die vereinte Bürgerrechtsbewegung so zerfiel, brachen jährlich – von 1964 bis 1967 – tagelange *ghetto riots* in Städten des Nordens aus, bei denen – wie in Los Angeles, Detroit oder Newark – jeweils Dutzende von Menschen ums Leben kamen, weit über Tausend verletzt wurden, und enormer Sachschaden entstand.

Diese Form städtischer Revolte findet sich in europäischen Städten der Zeit nicht, sie stellt also ein US-amerikanisches Spezifikum dar. Hintergrund der zunehmenden Konzentration sozialer Probleme in den (Innen)Städten des Nordens und Westens sind ökonomische, demographische und sozialräumliche Verschiebungen, die in der Deindustrialisierung (Schließung bzw. Verlagerung der großen Automobil-, Stahl-, und anderer fordistischer Industrien) ihren Ausgangspunkt haben. Der Arbeitsplatzabbau traf vor allem die in der großen Migrationswelle nach dem 2. Weltkrieg vom Süden der USA in die expandierenden Fertigungsanlagen des Nordens und Westens gewanderten AfroamerikanerInnen bzw. ihre Nachkommen, die – arbeitslos und durch diverse Stadterneuerungsprogramme aus ihren angestammten Vierteln vertrieben, und von rassistischer Wohnungpolitik und Polizeigewalt gedemütigt – kaum andere Formen des Protests sahen.

Die sozialräumlichen Verschiebungen hatten ihren Ursprung neben der Abwanderung der Industrien auch in der Flucht der wachsenden weißen Mittelklassen in die Vorstädte. Die (staatlich subventionierte) Expansion der *suburbs* wiederum etablierte nicht nur neue Formen

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

sozialräumlicher Segregation; sie schuf auch ein neues Modell lokaler *Community*, in der die größtenteils weißen Bewohner quasi ein Recht auf ethnisch homogene Mittelklasse-Viertel entwickelten, die von niedrigen Steuern, effizienten Dienstleistungen und üppigen Konsumgelegenheiten charakterisiert sind. Schon vor dem „white backlash" der 1970er Jahre war dieser rassistisch gefärbte Anspruch wichtiger Bestandteil des politischen Bewußtseins der fordistischen weißen Arbeiterklasse: sie nahm ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre kollektive Verantwortung aus der Perspektive des Individualismus des weißen Eigenheimbesitzers wahr. Diese Perspektive sollte sich wenig später als Wegbereiter der Neoliberalisierung eignen.

Der Black Power Bewegung folgten alsbald Mobilisierungswellen weiterer ethnischer Minderheiten (z. B. Indigene, Brown Power). Diese Bewegungen zielten sämtlich auf politische Inklusion. Die verschiedenen Varianten ethnischer und nationaler Bewegungen werden mit dem Begriff der *Sixties Movements* mit weiteren während dieser Dekade (nicht nur in den USA) explodierenden Bewegungen zusammen gebracht: der Anti-Vietnam-Kriegs- und Studentenbewegung, der Stadtteil- bzw. Community-Bewegung, der Frauenbewegung, und der neu entstehenden Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung. Alle reagierten in gewisser Weise auf Krisenphänomene des fordistischen Wachstumsmodells, und beeinflussten und politisierten sich gegenseitig: während die Frauen gegen ihre Rolle im „goldenen Käfig" des suburbanen Eigenheims rebellierten (Friedan 1963), wehrten sich die (meist ethnischen ‚Minoritäten' angehörigen) InnenstadtbewohnerInnen gegen Stadterneuerungsprogramme (sog. *Urban Renewal*-Programme, die jedoch als „urban removal", als Vertreibungsprogramme wahrgenommen wurden) und forderten Selbstbestimmung in ihren Communities (Fainstein und Fainstein 1974). Während in Europa vor allem Jugendliche, Studierende und Migranten vergleichbare Bewegungen gegen das fordistische (Konsum- und Lebens-)Modell anführten, und die sozialen (Klassen)Kämpfe allmählich weg von den Fabriken und hin zur „reproduktiven Sphäre" und auf Einrichtungen des kollektiven Konsums orientierten, verlegte in den USA der sowohl für gewerkschaftliches wie nachbarschaftliches Organizing berühmt gewordene Saul Alinsky (2011) bereits in den frühen 1960er Jahren die Mobilisierungsarbeit von den Fabriken in die innerstädtischen *Communities*, wo er eine nachhaltige Tradition pragmatischer Stadtteilarbeit begründete, die – mit Ausbildungsinstitutionen und standardisierten Organisierungsmodellen bis heute die städtischen Bewegungen prägt (vgl. Castells 1983; Mayer 1987; Swarts 2008).

Dem Schutz und der Bewahrung der Natur verpflichtete Organisationen existierten in den USA bereits seit langem, die bekannteste, der 1892 gegründete Sierra Club, war allerdings, wie die meisten, gesellschaftlich konservativ, und schloss beispielsweise Afroamerikaner von der Mitgliedschaft aus. In den 1960er Jahren jedoch drang eine neue Generation von AktivistInnen – aus der jugendlichen Gegenkultur, der Friedens-, Studenten-, Frauen- und anderen Bürgerbewegungen – in diese bestehenden Organisationen und gründeten auch neue Umwelt- und Ökologiegruppen. Gemeinsam erzielten sie schnelle Erfolge: Bereits 1969 verabschiedete die Bundesregierung ein Umweltschutzgesetz, 1970 setzte Präsident Nixon die *Environmental Protection Agency* ein. Radikalere Umweltorganisationen wie *Earth First!* oder *Earth Liberation Front* entstanden erst 1980 beziehungsweise 1992, um gegen den „Ausverkauf" der mainstream Umweltbewegung ein Zeichen zu setzen. Bis heute unterstützen weit mehr AmerikanerInnen professionelle Kampagnen-Organisationen wie Greenpeace (die durchaus auch zur Methode gewaltfreier direkter Aktion greifen).

Eng verbunden mit der Ökologiebewegung ist die Anti-AKW-Bewegung, die sich in den 1970er Jahren zur nationalen Bewegung auswuchs: 1974 fand das erste bundesweite Treffen der *Citizens Movement to Stop Nuclear Power* (organisiert von der Nader-Gruppe, eine der wichtigsten Verbraucherorganisationen) statt. Eine wichtige Vorreiterrolle spielte die *Clamshell Alliance*, die

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

in New Hampshire gegen ein geplantes AKW mobilisierte. Die erfolgreiche Besetzung des Seabrook Baugeländes im April 1977 durch circa 2000 Aktivisten, von denen schließlich weit über Tausend verhaftet wurden, wurde richtungsweisend für eine neue Massenbewegung, in der gut vorbereitete Besetzungen, Betonung von Gewaltlosigkeit, antihierarchische und basisdemokratische Organisationsformen (Prinzip der Affinitätsgruppe, *consensus-decision-making*) zentrale Elemente des Handlungsrepertoires wurden, wie schon in den Anfängen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Auch diese Bewegung erzielte schnelle Reformen, v.a. nach dem Fast-GAU in Harrisburg (im März 1979) wurde der öffentliche Druck so stark, dass die Regierung ein Moratorium des Kernenergieausbaus beschloss. Allerdings hat sich im AKW-Bereich genauso wie in anderen ökologisch problematischen Industrien ein regelrechter industrieller Komplex für Kontrollsysteme herausgebildet, der im wesentlichen aus den Konzernen besteht, die die jeweiligen Risiken und Schäden verursachen.

Wie in der Umweltbewegung dominierte auch in der US-amerikanischen Frauenbewegung die liberale Strömung gegenüber einem radikalen Flügel. Angesichts der für die Belange der Frauen relativ offenen Demokratischen Partei und Staatsapparate machte sich der Feminismus die Gleichheitspostulate des klassischen Liberalismus zu eigen, um insbesondere gleiche Rechte (auf Ausbildung und Arbeitsplätze) sowie gleichen Schutz als Personen (vor Gewalt und Misshandlung) einzufordern. Nach dem Vorbild der Bürgerrechtsbewegung ging es der Frauenbewegung zentral um „equal opportunity" – und da in der Folge der Bürgerrechtsbewegung „*separate but equal*" in den USA jede Legitimität verloren hatte, impliziert das Gleichheitspostulat in der Tat radikal ‚gleiche Behandlung' – ob am Arbeitsplatz oder im Militär. Die Bewegung der radikalen Feministinnen (die eine Hoch-Zeit zwischen 1968 und 1973 erlebte) dagegen scheute sich nicht, Unterschiede zwischen Frauen und Männern zu betonen. Dieser Flügel wähnt Frauen häufig als naturnäher und pazifistischer, und überschneidet sich teilweise mit den Umwelt-, Friedens- und Antinuklear-Bewegungen, in anderen Teilen mit Bewegungen ethnisch minoritärer Frauen. Letztere hatten nicht nur den Kampf gegen den Sexismus (auch den schwarzer Männer), sondern auch den gegen Rassismus (auch den weißer Feministinnen) zu führen. Viele BeobachterInnen sehen arme Frauen und Arbeiterinnen, ob farbig oder weiß, sowie women of color der Mittelschicht in den 1970er bis 1990er Jahren als eher marginalisierte Teile der Frauenbewegung (z. B. Levin 1990), aber Afroamerikanerinnen sowie Gewerkschafterinnen waren durchaus präsent, sie waren u. a. auch an der Gründung von NOW beteiligt (vgl. B. Roth 2004; Fonow 2003; S. Roth 2003).

Insgesamt hat die Frauenbewegung dort, wo sie materielle Benachteiligungen von Frauen und geschlechtsspezifische Auswirkungen des unterentwickelten amerikanischen Sozialstaats aufgriff, im internationalen Vergleich jedoch wenig erreicht: der Feminisierung von Armut konnte sie weder in Bezug auf staatliche Unterstützungsleistungen für untere Einkommensschichten und *Welfare*-Empfängerinnen entgegenwirken, noch den stagnierenden Löhnen vor allem in schlecht bezahlten Arbeitsplätzen. Im Maß wie sie Mutterschaft allem voran als *individual choice* definiert, hat sie auch keine protektionistischen Maßnahmen für Frauen als Mütter durchsetzen können. Andererseits hat die US-amerikanische Frauenbewegung früher als anderswo Themen, die kennzeichnend für die neue Frauenbewegung wurden, auf die politische Agenda gesetzt, wie Gewalt in der Ehe, Abtreibung, sexuelle Belästigung, und sexuelle Selbstbestimmung.

Gemeinsam ist zumindest den radikalen Strömungen der letztgenannten drei Bewegungen (Frauen, Antiatomkraft, Umwelt), dass sie weitere neue Taktiken in die Praxis der sozialen Bewegungen einführten (die sowohl aus der Tradition der Quaker als auch der Bürgerrechtsbewegung übernommen wurden): *direct action*, *consensus-decision-making, affinity groups* und *spokes councils* wurden wichtige Elemente des bis dato von Demonstrationen, Teach-ins und Sit-ins dominierten Handlungsrepertoires. Vergleichbare Bewegungen firmierten in Westeuropa

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

unter dem Namen ‚Neue Soziale Bewegungen' (im Gegensatz zur „alten" Arbeiterbewegung); die amerikanischen fungierten dabei als Vorreiter, denn sie traten in den USA dank der langen Tradition thematisch spezifischer, basismobilisierender Bewegungen bereits früher auf als in Deutschland, England, oder Frankreich.

Während sich diese Bewegungen im Lauf der 1970er und 80er Jahre teils verbreiteten, teils ausdifferenzierten und fragmentierten, und vielfach in mehr oder weniger kooptierte – NGOisierte oder kommerzialisierte – Formen von Interessenpolitik transformierten, fanden sich Teile dieser Bewegungen im globalisierungskritischen *Social Justice Movement* wieder, das 1999 in Seattle die politische Bühne betrat, aber schon länger (mehr oder weniger latent) entlang der neuen, mit zunehmender Globalisierung und Neoliberalisierung auftretenden Verwerfungen mobilisierte.

Gleichzeitig entstanden neue Armutsbewegungen (Piven und Cloward 1977), von Betroffenen sowie von *advocacy*-Organisationen. Ein Beispiel für letztere ist die Organisation *Community for Creative Non-Violence* CCNV), die, mit Wurzeln im *Catholic Workers Movement*, 1970 zur Stärkung der Rechte von Obdachlosen gegründet wurde, und christliche Tradition mit Gewaltfreiheit und zivilem Ungehorsam verbindet. In einer Vielzahl solcher, meist lokal orientierter Bewegungen wird gleichzeitig versucht, politisch zu mobilisieren *und* das löchrige soziale Netz des US-Wohlfahrtsstaats auszugleichen und Überlebenshilfe für Arme und Obdachlose zu organisieren. Deren Zahlen nahmen in den USA selbst während der fordistischen Phase nicht ab, da v. a. rassistisch diskriminierte Gruppen von diesem Modell ausgeschlossen blieben und weil das Sozialhilfeprogramm nie als Kompensation für fehlende Arbeitsmarktpartizipation, sondern primär für Alleinerziehende konzipiert war.

Insgesamt eint die *Sixties*-Bewegungen sowie die folgenden Frauen-, Umwelt- und Community-Bewegungen der 1970er Jahre die Kritik am US-amerikanischen Wachstums- und Urbanisierungsmodell, das dank Suburbanisierung und Wohneigentum stetig expandierende Konsumbedürfnisse genährt und für rasantes Wachstum gesorgt hatte, aber zunehmend an seine inneren wie äußeren Grenzen v. a. in Bezug auf Ressourcenverbrauch stieß.

Neben den bislang dargestellten mehr oder weniger progressiven Bewegungen mobilisierten in jeder und auch dieser Phase der amerikanischen Geschichte auch konservative, rechte und reaktionäre Bewegungen. Angefangen mit den Hexenjagden im kolonialen Salem, über den antikatholischen Nativismus der 1800er Jahre, die Know-Nothings in den 1840er Jahren, die rechten Populisten in der 1890er Dekade, die Palmer Raids 1919-20, den Ku-Klux-Klan in den 1920ern, die John Birch-Gesellschaft in den 1950ern, bis zur Goldwater-Bewegung Mitte der 1960er Jahre korrespondierten jeder Periode wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels auch rechte, xenophobe und rassistische Bewegungen. In unterschiedlicher Weise reagierten sie auf wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen, die als bedrohlich für den gesellschaftlichen Status der jeweiligen Gruppe wahrgenommen wurden. Auch sie reflektieren das verbreitete Muster von Ein-Punkt-Bewegungen, die ihre Forderungen zumeist *innerhalb* der Ideologie des *American Dream* artikulieren, zum Beispiel mit dem Motto „Take back America!" Die Tea Party, die im nächsten Abschnitt ausführlicher dargestellt wird, steht ebenfalls in dieser Tradition.

3 Soziale Bewegungen im Kontext der Neoliberalisierung

Die in den 1980er Jahren einsetzende Politik der Neoliberalisierung rief neue Wellen von Protest und Bewegungen auf den Plan, die – von rechts wie links – gegen die Auswirkungen von Deregulierung, Privatisierung, und Flexibilisierung mobilisierten. Genauso wie für die liberale und fordistische Phase ist auch diese Phase von einer spezifisch amerikanischen Ausprägung

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

(neoliberaler) Regulation gekennzeichnet, in der ethnische Ungleichheit, v. a. im dualen System von Arbeits- und Wohnungsmärkten, eine große Rolle spielt.

Die Deindustrialisierung der späten 1970er und frühen 80er Jahre betraf weiße und schwarze Industriearbeiter gleichermaßen, aber schwarze konfrontierten weit mehr Hürden beim Versuch, alternative Möglichkeiten zu erschließen, zumal ihre Arbeitslosigkeitsraten konstant höher waren (und sind). Die durch die Bürgerrechtsrevolution initiierten Verbesserungen in der Lage der AfroamerikanerInnen fanden primär in den 15 Jahren nach der Bundesgesetzgebung 1964/65 statt – ab 1980 verlangsamte sich der Aufwärtstrend deutlich.

Parallel zum Abbau von Sozialhilfe und sozialem Wohnungsbau und Verschärfungen im Strafsystem (Alexander 2010) intensivierte sich ein gesellschaftlicher Diskurs, in dem AfroamerikanerInnen als störrische Hemmnisse einer wiedererstarkenden (v. a. städtischen) Ökonomie dargestellt wurden: arme schwarze Frauen wurden als *undeserving*, als des sozialen Sicherheitsnetzes nicht würdig verleumdet, junge schwarze Männer als tendenziell kriminell.

Die zunehmende Verlagerung industrieller Fertigung in billigere Länder führte jedoch in breiten Schichten zu Arbeitsplatzverlusten und die unter Reagan einsetzende Austeritätspolitik produzierte ebenfalls in wachsenden Kreisen sozialen Abstieg oder zumindest die Furcht davor. Dadurch verbreiterte sich die soziale Basis für Rekrutierungsversuche reaktionärer politischer Gruppen: Antistaatliche Steuerrevolten konnten in mehr und mehr Einzelstaaten Referenden, v.a. gegen die *property tax*, durchsetzen, bei denen konservative (suburbane) Eigenheimbesitzer oft Allianzen mit religiösen Fundamentalisten eingingen (Lo 1990). Auch breiteten sich in den 1990er Jahren sowohl die Christliche Rechte als auch rechtsradikale *Militias* aus, die an die Traditionen früherer rechter populistischer Bewegungen anknüpften – beides Bewegungen, die den Unmut über Enteignungen und Entrechtung weg von wirtschaftlichen und politischen Eliten in Richtung xenophober, rassistischer und konspirativer Anschauungen kanalisierten.

Auf der anderen Seite produzierte die neoliberale Globalisierung eine neue, global-lokal ausgerichtete progressive Bewegung. Proteste gegen supranationale Organisationen wie WTO, IWF, Weltbank oder gegen Gipfeltreffen der G8, die in Europa als Antiglobalisierungsbewegung bekannt wurden, firmieren in den USA als *global justice movement.* Unterschiedliche Bewegungen brachten insbesondere bei Gipfeltreffen (1999 in Seattle, 2000 in Washington, 2003 in Miami) pluralen, breiten Widerstand gegen die Politik der neoliberalen Globalisierung zum Ausdruck und versuchten, die Treffen zu stören oder zumindest ihre Themen zu politisieren. In langen Vorbereitungen und während der Tage des Protests entwickelten sich dabei Koalitionen und Netzwerke aus lokalen, regionalen, nationalen und globalen Organisationen, die bei Demonstrationen, Blockaden, Versammlungen, Workshops und Kulturveranstaltungen zusammen arbeiteten. Neben einigen transnationalen Netzwerkorganisationen (wie *People's Global Action*, *Grassroots Global Justice*) sind in den USA vor allem lokale Gruppen aktiv, in Seattle waren das neben alten linken und anarchistischen Gruppierungen und neuen Umwelt-, Frauen- und religiös-orientierten Gruppen auch die Hafenarbeiter, Teamster und Gewerkschaftsgruppen, die bereits die lokalen Streiks von 1919 und 1934 getragen haben (Levi und Olson 2000). Die *global justice*-Bewegung richtet sich also nicht nur auf (gegen-)hegemoniale Globalisierung, sondern versucht auch vor Ort die negativen Auswirkungen des globalen neoliberalen Projekts deutlich zu machen und den Widerstand dagegen zu organisieren. Aus der Koalition globalisierungskritischer Gruppen in Seattle, die den Anti-WTO-Protest vorbereitet und koordiniert hatten, bildete sich ein nordamerika-weiter Zusammenschluss ähnlicher lokaler, autonomer Gruppen, das *Direct Action Network* (DAN). Dieses Netzwerk spielte eine wichtige Rolle in der Verbreitung des ursprünglich von Quakern, Bürgerrechtlern und Feministinnen entwickelten Modells der *affinity groups* und *consensus decision making.*

Handbuch Politik USA
DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Im Gegensatz zu anderen globalisierungskritischen Bewegungen erlitt die US-amerikanische durch 9/11 einen massiven Rückschlag. Im Kontext des amerikanischen ‚War on Terror' änderte sich die politische Gelegenheitsstruktur für soziale Bewegungen dramatisch, der öffentliche Diskurs wurde komplett vom Thema der bedrohten *Homeland Security* beherrscht (vgl. Gilham und Edwards 2011). Während sich in anderen Ländern die globalisierungskritischen Bewegungen im Gefolge des ersten Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre auch regional und lokal in Sozialforen zu organisieren begannen, wandten amerikanische Aktivisten sich 2002-3 stärker der Antikriegsbewegung (v.a. gegen den Irakkrieg) zu. In den USA fand zunächst keine vergleichbare Internalisierung des Sozialforumsprozesses statt, und als schließlich 2007 das erste US Sozialforum in Atlanta organisiert wurde, unterschied es sich, genauso wie ein folgendes 2010 in Detroit, in wichtigen Dimensionen von europäischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Foren. Statt transnationaler beziehungsweise globaler Themen standen vielfältige innenpolitische s*ingle issues* im Vordergrund, die obendrein kaum miteinander in Verbindung gebracht wurden. Im Gegensatz zum für das WSF zentralen *Open Space*-Konzept, in dem die Vielfalt und die Differenzen der beteiligten Bewegungen als positiv und als potentielle Energiequelle für eine progressive gesellschaftliche Transformation gelten, definierten die amerikanischen AktivistInnen ihr Forum als „*intentional space*" – aus der Erfahrung heraus, dass offene, unstrukturierte Bewegungsarenen allzu leicht von ressourcenreichen Akteuren, in den USA also von weißen Männern aus der Mittelklasse dominiert werden (Blau und Karides 2008; Juris 2008). Um dies zu vermeiden, bemühten sich die VeranstalterInnen, v. a. Schwarze, Latinas, Indigene und andere marginalisierte Gruppen in die wichtigen Sprecherpositionen zu bringen. Dadurch forcierten sie die starke Vertretung von ethnisch-orientierten Community-Organisationen, die politisch häufig eine Distanz zu anarchistischen oder anderen linken Gruppen wie dem Direct Action Network, aber auch zu weißen Gewerkschaften pflegen. Spannungen zwischen diesen unterschiedlichen Akteuren innerhalb der amerikanischen sozialen Bewegungen wurden hier zwar bearbeitbar, tauchen aber auch im nächsten, durch die Occupy-Bewegung angestoßenen Bewegungszyklus wieder als charakteristisch und spezifisch für die US-Variante des ‚globalen Aufstands' auf.

Dennoch bot diese Phase sich intensivierender Neoliberalisierung auch eine Grundlage für diverse Bewegungen, sich zu vernetzen und zu verbünden: zunehmend bildeten sich in den 1990er und 2000er Jahren neue Allianzen, von grün-blauen (zwischen Umwelt- und ArbeiterInnen-Gruppen, vgl. Mayer et al. 2010) über Allianzen zwischen Friedens- und Global Justice-Bewegungen (Beamish und Luebbers 2009) bis hin zu Koalitionen zwischen Frauen- und Gewerkschaftsbewegungen (S. Roth 2003).

4 Nach der Finanzkrise: Occupy Wall Street und Tea Party

Die Bankenkrise von 2007/2008 vernichtete mindestens 2,9 Millionen Arbeitsplätze, fast 80% der amerikanischen Bevölkerung werden heute als entweder prekär oder arm kategorisiert; Höhere Obdachlosigkeitsraten, mehr Zwangsräumungen, mehr Suppenküchen markieren nur die Spitze der massiven Umverteilungsprozesse. Nach der 2008-Krise landeten 95% der Einkommenszuwächse bei den obersten 1%. Die fünf größten Banken sind seit dem Höhepunkt der Krise um 30% gewachsen (Petruno 2013, Yen 2013). Die Programme, mit denen die Obama-Administration auf die Finanzkrise von 2008 reagierte (insbesondere das Stimulus-Paket und der *Homeowner Affordability and Stability Plan*) provozierten zunächst Protest von rechts, der in diesen Maßnahmen eine unverdiente Unterstützung für die Verlierer der Rezession sah. Konservative Medien mobilisierten für bundesweit stattfindende *„Anti-Tax-Day"* Tea Party-Kundgebungen am 15. April 2009, die

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

mehr als 300.000 Menschen in 346 Städten auf die Beine brachten. Mit dem Namen wurde der amerikanische anti-koloniale Kampf gegen die Britische Krone heraufbeschworen: Genauso wie die Amerikaner damals direkte Aktion gegen ungerechte Besteuerung einsetzten, so müssten sie sich heute gegen *‚big government‘* und dessen hohe Steuern und allzu generöse Sozialprogramme wehren. Der Feind heute manifestiert sich für die Tea Party vor allem in Präsident Obama, der ihre Interessen eher zu bedrohen als zu vertreten scheint. Das vereinende Ziel der verschiedenen Tea Party Gruppierungen und von Hunderten lokaler *Chapters* ist „to take back America“ – von einem nicht-weißen Präsidenten und machtvollen Interessen, die die bis dato für selbstverständlich gehaltene homogene, heterosexuelle, christliche, patriarchalische, weiße Mittelklasse-Gesellschaft, und insbesondere ihren Status und ihre Privilegien in dieser Gesellschaft bedrohen.

Wenn *grassroots*-Aktivismus auch ein zentrales Element des Tea Party-Phänomens darstellt, so wäre diese Bewegung ohne Verweis auf die zentrale Rolle rechter Medien (allen voran Fox News) sowie äußerst vermögender Interessenorganisationen wie *Americans for Prosperity* oder *Freedom Works*, die die Bewegung finanzieren und organisieren, nicht angemessen dargestellt (vgl. Skocpol und Williamson 2013; Parker und Barreto 2013). Die ultrarechten, milliardenschweren Organisationen (finanziert u. a. von den Koch Brüdern) verbanden mit der Unterstützung der Tea Party nicht nur die Absicht, die Republikanische Partei im Wahlkampf zu stärken, sondern vor allem, sie in eine radikalere Partei – im Sinne von mehr Marktfreiheit – zu transformieren. In der Tat war die Tea Party politisch erfolgreich: sie erzielte nicht nur Wahlerfolge, sondern es gelang ihr auch, die Republikanische Partei zu radikalisieren. Jedoch bereits 2012, nachdem nicht nur die Präsidentschaftswahlen, sondern auch Sitze im Kongress verloren waren, begannen sich Konflikte innerhalb der GOP zuzuspitzen: der *Government Shutdown* von 2013 und die Konfrontationen über das *Debt Ceiling* stärkten die zentristischen Stimmen innerhalb der Republikanischen Partei, Tea Party-Kandidaten gelten zunehmend, gerade auch in einflußreichen Wirtschaftskreisen, als unwählbar.

Aber auch andere Kreise artikulierten ihren Unmut über den *Bailout* der großen Investment-Banken der Wall Street, nachdem wirtschaftlich schwache Communities mit ruinösen Darlehen enteignet worden waren. Vielerorts mobilisierten Community-Organisationen gegen die räuberischen Praktiken der Banken und unterstützten von Zwangsräumungen bedrohte Familien. Diese Aktionen wurden aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Auch klassische Demonstrationen, selbst wenn sie Zehntausende auf die Beine brachten (wie mehrfach 2010 und 2011, v. a. in Washington D.C.), hatten kaum Resonanz. Erst die Besetzung des Capitols in Madison/Wisconsin aus Protest gegen die Austeritätspolitik der Republikanischen Regierung und ihre Attacken auf die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors im Februar 2011 durchbrach die Schallmauer, vielleicht weil sie auch direkt Bezug auf die zeitgleichen Proteste in Tunesien und Ägypten nahm (Wright und Peschanski 2011). Mit spektakulären Platzbesetzungen und anhaltenden *encampments* formierte sich schließlich eine neue progressive Massenbewegung, die in Anlehnung an die Besetzung des Zuccotti-Park (am 17.9.2011) in der Nähe der Wall Street *Occupy Wall Street* (OWS) getauft wurde, aber bald im ganzen Land Nachahmung fand. Unterschiedliche progressive Gruppen konnten sich, ebenso wie bislang nicht organisierte vor allem Jugendliche „ohne Zukunft,“ unter dem Dach der Platzbesetzer in ihrem Protest gegen wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit – trotz vielerlei politischer Differenzen – zusammen finden. Die direkt-demokratischen, gewaltlosen Aktionsformen, die horizontalen Beteiligungsstrukturen sowie der breite und kreative Einsatz sozialer Medien verliehen ihrem Protest eine neuartige Qualität und sicherten Occupy Wall Street schnell wachsende Sympathien und Unterstützung in der Öffentlichkeit. In der täglichen gemeinsamen politischen Praxis, den direkt-demokratischen

Handbuch Politik USA
DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Assemblies, den gemeinsamen Aktionen politischen Ungehorsams und der kollektiven Organisation des Alltags bildeten sich solidarische Strukturen nach innen, aber der Bewegung gelang es auch, das lange tabuisierte Thema der wachsenden Ungleichheit auf die politische Agenda zu setzen und den Reichtum und die Macht der 1% zu skandalisieren.

In mancher Hinsicht knüpft OWS an den (antikapitalistischen) Positionen sowie den Handlungsrepertoires der globalisierungskritischen Bewegung der 90er Jahre an, aber genau so greift sie Taktiken der Bürgerrechtsbewegung und der Studentenbewegung (vgl. Hayden 2012) auf, während die *general assemblies* sogar an die *town meetings* der neuenglischen Siedler erinnern. Im Gegensatz zu (zeitlich begrenzten) Besetzungen in früheren Bewegungszyklen eröffnete die andauernde Präsenz der Zeltlager auf zentralen, häufig symbolträchtigen Plätzen breitere und intensivere Lern- und Politisierungsmöglichkeiten – und auch die Verknüpfung mit den Kämpfen um ‚echte Demokratie' der südeuropäischen Indignados und des ‚arabischen Frühlings'. Im Gegensatz zur in den USA vorherrschenden Form von professionalisierten Bewegungsunternehmen kamen die neuen Aktivisten ohne Stiftungsgelder und ohne bezahlte *Organizer* daher und konnten dennoch, dank individueller Spenden und zusammengelegter Ressourcen, ihren Alltag und ihre Öffentlichkeitsarbeit, ihre Teach-ins und ihre Aktionen zivilen Ungehorsams, ihre Logistik und ihre Politik effektiv organisieren und so diese Aktivitäten selbst politisieren.

Im Maß wie sich OWS im Lauf des Herbsts und Winters 2011/12 (auf mehr als 400 Städte) ausbreitete, hat sich die Bewegung gleichzeitig diversifiziert und konsolidiert, aber auch wieder an die traditionellen US-amerikanischen Bewegungsmuster angepaßt: Indem die Kämpfe von Stadtteilgruppen und Mietern, von Gewerkschaften und Aktivisten gegen Polizeigewalt und Gefängnispolitik konkret unterstützt und zu den eigenen erklärt wurden, diversifizierte sich die Occupy-Bewegung und schaffte es damit, aus bislang heterogenen und fragmentierten Bewegungen ein neues politisches Subjekt zu formen. Während Zwangsräumungen blockiert, Banken belagert, Auktionen gestört, Fabriken und Häfen bestreikt, gegen die Todesstrafe mobilisiert, und gegen Polizeigewalt demonstriert wurde/n, entstanden neue Kooperationen und Koalitionen – mit lokalen Gewerkschaften, Studierenden, arbeitslosen Graduierten, und vor allem mit Community-Organisationen, die bereits seit Jahren in Latino/a, afroamerikanischen und anderen armen Vierteln aktiv sind, aber nun zum ersten Mal in den Bann einer umfassenderen sozialen Bewegung gerieten. Einige linksradikale Gruppen und intellektuelle Zirkel (z. B. um die Zeitschrift Jacobin „für Kulturkritik und Polemik") unterstützten diesen neuartigen Widerstand und machten sich zum Teil zu ihrem Sprachrohr. In vielen Fällen suchten die Akteure, ihre politische Arbeit mittels der ‚klassischen' Mittel von *Organizing* und *Fundraising* durch Gründung eingetragener Vereine zu konsolidieren.

OWS wird häufig für das Fehlen klarer Forderungen kritisiert, jedoch ist deutlich, dass diese Bewegung die *gemeinsame* Wurzel verschiedener Formen von Entrechtung und Enteignung sucht. Es ist die *Summe* der von ihr thematisierten *Issues* – soziale Ungleichheit, die Macht der Grosskonzerne, der Einfluss von Geld in der Politik, die Freihandelsabkommen, Umweltzerstörung und Klimawandel, Datenschutz und (digitale) Überwachung, Kriege und Militarisierung –, die OWS von früheren sozialen Bewegungen unterscheidet. Insofern stellt die Occupy-Bewegung eine eher untypische für die amerikanischen Verhältnisse dar – und in der Tat, als Platzbesetzung florierte sie lediglich einige Monate.

Nach der Räumung der besetzten Plätze und Protestcamps diffundierte der Aktivismus jedoch in die Stadtteile und in verschiedene Konfliktzonen, nun eher nach dem klassischen Muster von *single issue*-Bewegungen: beispielsweise entstand ein landesweites Netzwerk ‚Occupy Our Homes' aus den während der Hochphase von Occupy vereinzelt praktizierten Aktionen gegen Zwangsvollstreckungen und Räumungen. Dutzende von Haushalten konnten vor der Enteignung bewahrt

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

werden, bisweilen gaben Banken dem Druck der Bewegung nach und passten die Hypotheken dem gefallenen realen Wert der Immobilien an. In manchen Städten konnte der Kampf auf andere sozialpolitische Forderungen ausgeweitet, Räumungsmoratorien durchgesetzt, oder sogar die Schulden von der Kommune übernommen und mit den Kreditinstituten neu verhandelt werden. Wo umweltbedrohliche Maßnahmen durchgesetzt werden (sollen), finden sich OWS-Aktivisten bei Blockaden von Fracking–Bohrlöchern (v. a. in Pennsylvanien und New York), von Kohletagebau-Minen (in West Virginia), oder von Keystone XL Öl-Pipelines (von Montana bis Texas), bei denen nicht nur die klassischen ökologisch bewußten Gruppen, sondern auch indigene Organisationen aktiv sind (Ibanez 2014). Auch eine neue Welle von Arbeitskämpfen scheint vom Impuls von OWS beflügelt, insbesondere der erfolgreiche Streik der LehrerInnen in Chicago (Uetricht 2014), aber auch neue Kampagnen der Niedriglohnarbeiter der Fastfoodketten und der sogenannten ‚Associates' von Walmart für existenzsichernde Löhne, die 2013-14 vielfach Erfolge – bspw. die Erstattung von Millionen Dollars an geraubtem Lohn – erzielen konnten.

Selbst in den Südstaaten formierte sich eine neue Protestbewegung in Größenordnungen, wie sie seit dem Bürgerrechtsmarsch 1965 von Selma nach Alabama nicht gesehen wurden. Eine im April 2013 begonnene Serie von zunächst kleinen, aber stetig wachsenden und sich auf mehr und mehr Städte ausbreitenden ‚Moral Monday'-Kundgebungen in North Carolina kulminierte Anfang Februar 2014 in einem ‚Moral March on Raleigh', wo mehr als 80.000 zum Regierungssitz von North Carolina marschierten, um gegen die Politik der Republikanisch-geführten Staatsregierung zu protestieren. Von der Tea Party und extrem-rechten Think Tanks unterstützte Republikaner haben, seit sie 2012 Gouverneursämter und in North Carolina auch beide Häuser der Legislative erobert haben, verschärft rückwärtsgewandte und reaktionäre Maßnahmen (wieder) eingeführt, von Einschränkungen des Wahlrechts über Beschneidungen des Abtreibungsrechts und anderer Frauenrechte bis hin zur Weigerung, die im Rahmen von Obamas Gesundheitsreform angebotene Krankenversicherung Medicaid auf weitere Gruppen sozial Schwacher auszuweiten. Die radikalen Kürzungen im Erziehungssektor, bei der Arbeitslosenunterstützung und vielen Sozialprogrammen riefen allerdings eine breite *Moral Monday*-Bewegung auf den Plan, die sich auf Georgia und weitere Südstaaten ausgedehnt hat, und die – ähnlich wie Occupy – neben den Anti-Austeritäts- auch antirassistische, anti-Armuts-, und anti-Kriegs-Forderungen formuliert. Im Gegensatz zu Occupy ist diese *Social justice*-Bewegung jedoch stärker religiös ausgerichtet, Prediger spielen führende Rollen, aber auch klassische Bürgerrechtsorganisationen wie die NAACP sind zentral an der Organisierung beteiligt (Moyers 2014; Parramore 2014; Simonton 2014; Democracy Now! 2014). Daß sogar im gewerkschaftsfeindlichen, konservativen, boomenden *Sunbelt* sich nun Tausende von Menschen dafür entscheiden, bei gewaltlosen Aktionen zivilen Ungehorsams Verhaftung zu riskieren, illustriert wie weit die Forderungen und Handlungsrepertoires von Occupy in die amerikanische Gesellschaft vorgedrungen sind.

5 Charakteristische Merkmale, Muster und Wirkungen der amerikanischen Bewegungen

Der kursorische Überblick über die jüngsten amerikanischen Bewegungszyklen verdeutlicht, dass einige Merkmale durchgängig charakteristisch sind. In jedem Zyklus tauchen kommunitäre Experimente, die mit präfigurativen Praxen und alternativen Projekten und Communities nicht nur jeweilige Gegenentwürfe leben, sondern dafür auch mobilisieren: in den frühen Phasen geschah dies meist auf religiöser Basis (Shaker, Mennoniten), in den 1960er Jahren eher in utopisch-

Handbuch Politik USA
DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

sozialistischen Gemeinden (vgl. Boal et al. 2012), auch die Occupy-Encampments wurden häufig als Gegenentwürfe einer Polis gesehen (Kimmelman 2012; Mayer 2014, S. 35–38). Ein weiteres durchgängiges Element ist die Stärke populistischer Ideologien, die ursprünglich im Lauf des 19. Jahrhunderts im Kampf um die Bewahrung des traditionellen landwirtschaftlichen Familienbetriebs ausgebildet wurden. Beiden Merkmalen ist die widersprüchliche Spannung der US-amerikanischen Ideologie zueigen, die Spannung zwischen liberaler Befürwortung von Marktfreiheit *und* von kommunitären Solidarordnungen.

Grundlage für die stark ausgeprägten kommunitären Orientierungen, an die soziale Bewegungen immer wieder anknüpfen können, ist das heterogene und stark segmentierte Grundmuster des Landes aus vielen verschiedenen „Inseln der Gleichheit und Happiness“ (Wagner 1977). Dies Grundmuster impliziert allerdings gleichzeitig eine ausgesprochen ungleichzeitige und disparate gesellschaftliche Entwicklung, so daß Verteilungskämpfe eigentlich nie von der politischen Agenda verschwunden sind. Selbst die angeblich „post-materialistisch“ ausgerichteten neuen sozialen Bewegungen (Inglehart 1989) tauch(t)en in den USA stets im Bündnis mit klassenmäßig oder rassisch diskriminierten Gruppen auf, weil vor allem die *working poor*, die Arbeitslosen und ethnische Minderheiten unter den scharfen ökonomischen Disparitäten zu leiden haben. Aufgrund des extrem rudimentären Wohlfahrtstaats wird selbst in Phasen der Prosperität wirtschaftliche und soziale Ungleichheit kaum abgefedert. In Krisenphasen gelangen die Nöte der Unterschichten – Obdachlosigkeit, Lohnraub im abgewerteten Dienstleistungssektor, v. a. bei papierlosen Migranten, Verschuldung und Zwangsräumungen, wie seit 2012 im Zug der Diffusion der OWS-Bewegung in die armen Stadtteile, etc. – massiv auf die Agenda.

Wegen dieser Gleichzeitigkeit materieller und post-materieller Anliegen konnten in den USA in keiner Phase streng definierte „neue“ soziale Bewegungen dominant werden, die durch Infragestellung wirtschaftlichen Wachstums und Priorisierung ökologischer sowie von Identitätsthemen definiert sind. Aber weil auch die Ideologie des Locke’schen Besitzindividualismus nach wie vor stark verankert ist und Vorbehalte gegenüber staatlichen Interventionen ebenfalls immer noch weit verbreitet sind, hatten es soziale Bewegungen – bis OWS – schwer, die Verteilungsungerechtigkeit in der US-amerikanischen Gesellschaft zu attackieren. Erst mit der Identifizierung der „1%“ steht die Skandalisierung von Ungleichheit und die Forderung nach „*social justice*“ auf der politischen Tagesordnung.

Aber auch diese Forderung wird sogleich eingemeindet, dank allgegenwärtiger unternehmerischer Ideologie und Praxis, die in den USA nicht nur Interessengruppen und professionelle Bewegungsorganisationen prägen, sondern auch progressive und gegenkulturelle Bewegungen. Beeinflußt von den Strategien des *Organizing* sind instrumentelle Formen des Fundraising und *door-to-door canvassing* genauso selbstverständliche Methoden wie die Nutzung von *mass mailings*, high-tech Kampagnen, und anderer Werbe- und Verkaufsstrategien. Auch Community-Organisationen und alternative Selbsthilfegruppen mutierten schnell zu ‚social enterprises‘ Dienstleistungs- und Entwicklungsunternehmen, oder sogar Mikrokredit-Banken.

Die politischen Konsequenzen sozialer Bewegungen blieben in den USA meist beschränkt. Sie bewirkten nie einen strukturellen Wandel und selten – so wie die Bürgerrechtsbewegung – substantielle Erfolge. Selbst wenn Reformgesetze verabschiedet wurden, konnten sie oft im fragmentierten politischen System nicht implementiert werden. Effektive Wirkungen beschränken sich deshalb zumeist auf Verfahrensänderungen, z. B. in der Form, daß vormals Ausgegrenzte an Entscheidungsprozessen beteiligt werden – ohne daß dabei die Herrschaftsstrukturen als solche angetastet werden.

Deshalb sind vor allem solche Bewegungen (prozedural) erfolgreich, die gemäßigte Forderungen vertreten, welche innerhalb des liberalen Konsens Legitimität genießen. Darüber hinaus gehende

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Forderungen haben nur in Krisenzeiten Aussicht auf Erfolg, wenn die gesellschaftliche Kohäsion gefährdet erscheint – wie in der Weltwirtschaftskrise, während der 1960er Jahre, möglicherweise im Gefolge der aktuellen Krise. Die Gründe für diese begrenzten Wirkungen erklären auch, weshalb Bewegungszyklen in den USA meist kürzer sind als in Westeuropa. Die Bewegungen werden meist schnell zu Opfern ihres eigenen (prozeduralen) Erfolgs: sowohl legislative Erfolge als auch institutionelle Kooptation haben demobilisierende Effekte. Obendrein rufen erfolgreiche Bewegungen oft auch Gegenbewegungen auf den Plan.

Die Konsequenzen dieser strukturellen Merkmale für soziale Bewegungen, sind, wie wir gesehen haben, daß in den USA vor allem Bewegungen florieren, deren *gemäßigte* Forderungen auf *soziale Chancengleichheit*, *politische Fairness*, *Integration in die dominanten Institutionen*, oder die partielle *Autonomisierung von Subkulturen* abzielen. Bewegungen, die redistributive Forderungen artikulieren oder gesamtgesellschaftliche Veränderungen verlangen, sind weit seltener und erfahren, wo sie auftauchen, schärfere Repression. Durch sämtliche Phasen hindurch und bei ganz unterschiedlichen progressiven Bewegungen finden wir deshalb eine starke Betonung ethnischer Gleichheitspostulate beziehungsweise ein Bemühen, antirassistische Arbeit in den Vordergrund zu stellen: Solche *affirmative action* eint die Kapitolbesetzer von Wisconsin mit der Gewerkschaft der Hotelarbeiter UNITE-HERE, genauso wie die Organisatoren des Sozialforum mit den OWS-Aktivisten.

Literatur

Alexander, Michelle. 2010. *The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Color-Blindness*. New York: The New Press.

Alinsky, Saul D. 2011. *Call me a Radical. Organizing & Empowerment*. Göttingen: Lamuv Verlag.

Beamish, Thomas D., und Amy J. Luebbers. 2009. Alliance building across social movements: Bridging difference in a peace and justice coalition. *Social Problems* 56(4): 647–676.

Blau, Judith, und Marina Karides (eds.). 2008. *The World and US Social Forums: A Better World is Possible and Necessary.* Leiden, Boston: Brill Academic Pub.

Boal, Iain, Janferie Stone, Michael Watts, und Cal Winslow (eds.). 2012. *West of Eden. Communes and Utopia in Northern California*. Oakland: PM Press.

Castells, Manuel. 1983. The Resurgence of Urban Populism: The Alinsky Model of Community Organization. In ders., *The City and the Grassroots.* London: Edward Arnold.

Democracy Now! 2014. *Georgia Activists Confront GOP Rejection of Medicaid as Moral Mondays Spread Across South*. 20. März. http://www.democracynow.org/2014/3/20/georgia_activists_-confront_gop_rejection_of. Zugegriffen am 21.03.2014.

Fainstein, Norman, und Susan Fainstein. 1974. *Urban Political Movements. The Search for Power by Minority Groups in American Cities*. Prentice Hall: Englewood Cliffs.

Fonow, Mary Margaret. 2003. *Union Women. Forging Feminism in the United Steelworkers of America*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Freund, David M.P. 2007. *Colored Property: State Policy and White Racial Politics in Suburban America*. Chicago: University of Chicago Press.

Frey, R. Scott, Thomas Dietz, und Linda Kalof. 1992. Characteristics of successful American protest groups: Another look at Gamson's strategy of social protest. *American Journal of Sociology* 98(2): 368–387.

Friedan, Betty. 1963. *The Feminism Mystique*. New York: W.W.Norton & Co.. (dt. 1983: *Der Weiblichkeitswahn oder Die Selbstbefreiung der* Frau. Reinbek).

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Gillham, Patrick F., und Bob Edwards. 2011. Legitimacy management, preservation of exchange relationships, and the dissolution of the mobilization for global justice coalition. *Social Problems* 58(3): 433–460.

Glyn, Andrew, Alan Hughes, Alain Lipietz, und Ajit Singh. 1990. The Rise and Fall of the Golden Age. In *The Golden Age of Capitalism: Reinterpreting the Postwar Experience,* Hrsg. Stephen R. Marglin und Juliet B. Schnor, 39–125. New York: Oxford University Press.

Hayden, Tom. 2012. Participatory Democracy. From the Port Huron Statement to OWS. In: *The Nation*. 27 März. http://www.thenation.com/article/167079/participatory-democracy-port-huron-statement-occupy-wall-street. Zugegriffen am 15.03.2012.

Ibanez, Camila. 2014. Indigenous Vow: We'll Be ‚Dead Or In Prison Before We Allow' Keystone Pipeline. In: *AlterNet*, 14 März. http://www.alternet.org/indigenous-vow-well-be-dead-or-prison-we-allow-keystone-pipeline?akid=11610.110997.C2raKx%26rd=1%26src=newsletter971566%26t=24. Zugegriffen am 15.03.2014.

Inglehart, Ronald. 1989. Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt: Campus.

Jefferson, Thomas an James Madison, Paris, 30. Januar 1787. In *The Papers of Thomas* Jefferson http://www.monticello.org/site/jefferson/little-rebellionquotation#footnote1_8siamtc. Zugegriffen am 28.12.2013.

Juris, Jeffrey S. 2008. Spaces of intentionality: Race, class, and horizontality at the US social forum. *Mobilization* 13(4): 353–372.

Kimmelman, Michael. 2012. Foreword. In *Beyond Zuccotti Park. Freedom of Assembly and the Occupation of Public Space,* Hrsg. Ron Shiffman et al., xiii–xviii. Oakland: New Village Press.

Kitschelt, Herbert. 1985. Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen in den USA. Strategien gesellschaftlichen Wandels & ‚American Exceptionalism.' In *Neue Soziale Bewegungen in Westeuropa & den USA. Ein internationaler Vergleich*, Hrsg. Karl-Werner Brand, 248–305, Frankfurt, New York: Campus.

Levi, Margaret, und David Olson. 2000. Strikes. Past and present – And the battles of seattle. *In: Politics and Society* 28(3): 309–329.

Levin, Tobe. 1990. U.S. Feminismus: Schwarz auf Weiss. *Beiträge zur feministischen Praxis* 27: 59–66.

Lo, Clarence Y. H. 1990/1995. *Small Property versus Big Government: Social Origins of the Property Tax Revolt*. Berkely: University of California Press.

Mayer, Brian, Phil Brown, und Rachel Morello-Frosch. 2010. Labor-environmental coalition formation: Framing and the right to know. *Sociological Forum* 25(4): 746–768.

Mayer, Margit. 1987. Städtische Bewegungen in USA: Gegenmacht & Inkorporierung. *Prokla* 68: 73–89.

Mayer, Margit. 1991. Social Movement Research and Social Movement Practice: the U.S. Pattern. In *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*. Hrsg. Dieter Rucht, 47–120. Frankfurt: Campus/Boulder, Co.: Westview.

Mayer, Margit. 1995. Social Movement Research in the United States: a European Perspective. In *Social Movements: Critiques, Concepts, Case Studies*, Hrsg. Stanford M. Lyman, 168–195. London: MacMillan Press.

Mayer, Margit. 2014. Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In *Stadt und soziale Bewegungen*, Hrsg. Norbert Gestring, Jan Wehrheim und Renate Ruhne, 25–42. Wiesbaden: Springer VS.

DOI 10.1007/978-3-658-04125-0_19-1
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Moyers, Bill. 2014. State of Conflict: Bill Moyers on North Carolina's Right-Wing Takeover and the Citizens Fighting Back. In *Democracy Now!* 27. Jan. http://www.democracynow.org/2014/1/27/state_of_conflict_bill_moyers_on. Zugegriffen am 28.01.2014.

Parker, Christopher S., und Matt A. Barreto. 2013. *Change They Can Believe In: The Tea Party and Reactionary Politics in America*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Parramore, Lynn Stuart. 2014. 80.000 March in North Carolina Proudly Pushing Back Against Radical Right Agenda. Largest Protest in South since Selma in `65. In: *AlterNet*, 9. Februar http://www.alternet.org/activism/80000-march-north-carolina-proudly-pushing-back-against-radical-right-agenda. Zugegriffen am 10.02.2014.

Petruno, Tom. 2013. Five Years after financial crash, many losers – and some big winners. In: *Los Angeles Times*, 14. September 2013 http://articles.latimes.com/2013/sep/14/business/la-fi-crisis-winners-losers-20130915. Zugegriffen am 12.12.2013.

Piven, Frances Fox, und Richard A. Cloward. 1977. *Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail*. New York: Random House.

Roth, Benita. 2004. *Separate Roads to Feminism. Black, Chicana and White Feminist Movements in America's Second Wave*. Cambridge: Cambridge University Press.

Roth, Silke. 2003. *Building movement bridges: The Coaliton of Labor Union Women*. Westport, Ct: Praeger.

Simonton, Anna. 2014. Progressives Shaking Things Up in the South: Moral Monday Georgia and Truthful Tuesday South Carolina Commence. In: *AlterNet,* 15. Januar http://www.alternet.org/activism/progressives-shaking-things-south-moral-monday-georgia-and-truthful-tuesday-south-carolina. Zugegriffen am 17.01.2014.

Skocpol, Theda, und Vanessa Williamson. 2013. *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*. Oxford: Oxford University Press.

Swarts, Heidi. 2008. *Organizing Urban America. Secular and Faith-Based Progressive Movements*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Uetricht, Micah. 2014. *Strike for America: Chicago Teachers Against Austerity.* London: Verso.

Wagner, Wolf. 1977. USA – ein Land aus Inseln der Gleichheit & Happiness Ein Erklärungsversuch zur Langlebigkeit der amerikanischen Alltagsideologie. *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 5(1): 100–114.

Wright, Eric Olin, und Joao Alexandre Peschanski. 2011. Wisconson. In: LuXemburg 2/2011 (Juni 2011). http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ruckkehr-der-kampfe-heft-22011-ist-in-druck

Yen, Hope. 2013. 80 percent of U.S. Adults Face Near-Poverty, Unemployment: Survey. In *Huffington Post,* 28 July 2013. http://www.huffingtonpost.com/2013/07/28/poverty-unemployment-rates_n_3666594.html. Zugegriffen am 02.08.2013.